

SV-Report zum 15. Februar 2017

Jahreswirtschaftsbericht 2017

Alljährlich legt die Bundesregierung Anfang des Jahres mit ihrem Jahreswirtschaftsbericht offen, was sie erreichte und wie die Wirtschaft vorankommen wird. So auch in dem am 25. Januar 2017 unter der Drucksache 18/10990 vorgelegten Bericht. Die Zeichen stehen weiter auf Wachstum. Die Wirtschaft wird zulegen, die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht kräftige Lohnsteigerungen, die Preise werden moderat steigen, sodass die Verbraucher sich real mehr leisten können. Der Konsum ist die wesentliche Stütze des Wachstums.

Trotz wirtschaftlichen Wachstums, guter Beschäftigungslage und mehr Kaufkraft hat sich ein Unbehagen breit gemacht. Globalisierung, Digitalisierung, Zuwanderung, demografischer Wandel, eine ungleiche Vermögensverteilung weckt die Sorge vieler Bundesbürger, zu kurz zu kommen und abgehängt zu werden. Zentrales Ziel der Politik ist es, wachsenden Wohlstand für alle zu schaffen, so der bisherige Bundesminister für Wirtschaft und Energie Siegmund Gabriel in seinem Geleitwort zu dem über 100 Seiten umfassenden Jahreswirtschaftsbericht.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2016 um 1,9 % gestiegen. 2017 wird es um 1,4 % wachsen. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer werden wie 2016 um 2,5 % steigen. Mit 43,5 Millionen Beschäftigten hat die Erwerbstätigkeit einen Höchststand erreicht, der sich um 325.000 Personen 2017 erhöhen wird. Auf dem niedrigsten Niveau seit 25 Jahren liegt derzeit die Arbeitslosenquote. Sie dürfte sich bei 6 % stabilisieren, denn die Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer, die in Deutschland bleiben werden, bedeutet eine große Herausforderung.

Noch ist die materielle Versorgung der heute über 65-Jährigen insgesamt günstig. Doch teilt die Bundesregierung die Einschätzung des

Renteneinheit

Im Koalitionsausschuss am 24. November 2016 haben sich die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD darauf verständigt, die Rentenwerte in Ost und West bis zum 31.12.2024 schrittweise anzugleichen. Dafür soll die Umrechnung der ostdeutschen Arbeitsentgelte auf Westniveau entfallen. Die Fraktion DIE LINKE ist empört und beklagt, dass sich die Große Koalition nicht an ihren eigenen Koalitionsvertrag hält und wirft der Bundeskanzlerin vor, ihr Versprechen gebrochen zu haben, die Renteneinheit bis 2020 zu erreichen.

Zweifelloos ist die Zeitspanne unübersehbar, um ein einheitliches Rentenrecht durch die weitere Lohnentwicklung zu schaffen. Die wirtschaftlichen und strukturellen Unterschiede in West und Ost sind zu groß. Die Rentenwerte in Ost und West weisen zwar nur einen Unterschied von 5,9 Prozentpunkten aus, doch liegt das Durchschnittsentgelt Ost nur bei 87,1 % des westlichen Durchschnittsentgelts.

DIE LINKE hat deshalb in ihrem Antrag vom 17. Januar 2017 (Drucksache

Pflegestatistik

Die neue vom Statistischen Bundesamt am 16. Januar 2017 erschienene Pflegestatistik 2015 zeigt, dass im Dezember 2015 knapp 2,9 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes waren. Die Mehrzahl, nämlich 64 %, waren Frauen. 83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter. 85 Jahre und älter waren 37 %.

Fast drei Viertel (72,6 %, 2,08 Millionen) der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 1.385.000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 692.000 Pflegebedürftige lebten in Privathaushalten; bei ihnen erfolgte die Pflege durch Angehörige zusammen mit ambulanten Pflegediensten. 783.000 Pflegebedürftige (27,4 %) wurden in Pflegeheimen vollstationär betreut.

Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

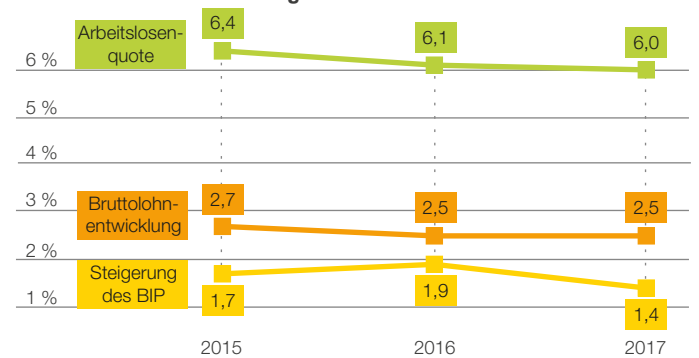
HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.:117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2017, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.

Statistik

Sachverständigenrates, wonach es einer Stärkung der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung bedarf, um Arbeitnehmern langfristig eine angemessene Altersversorgung zu ermöglichen. Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz, das zum 1. Januar 2018 in Kraft treten soll, werden die Weichen für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an der betrieblichen Altersversorgung gestellt (vergl. SV-Report zum 15. Januar 2017). Mit weiteren Fragen zur sozialen Absicherung wird sich das Bundeskabinett in diesem Jahr beschäftigen. Es steht auf der Agenda das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz, das die Angleichung der Renten in Ost und West in sieben Schritten ab 2018 vorsieht, sowie der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Renten bei Erwerbsminderung durch die Erweiterung der Zurechnungszeit.

Wirtschaftliche Entwicklung



Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2017

Rente

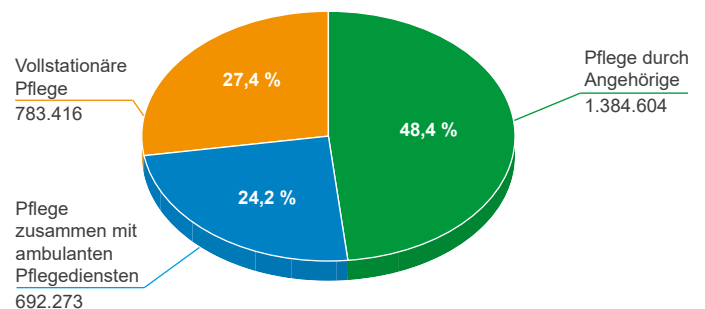
18/10862) die Bundesregierung aufgefordert, den Angleichungsprozess bei Löhnen und Gehältern auf politischem Weg zu beschleunigen, die Rentenwerte Ost und West durch einen steuerfinanzierten Zuschuss auszugleichen und auf die Umrechnung der Ost-Löhne bis zur Angleichung an das Westniveau nicht zu verzichten. Auch soll die Rente nach Mindestentgeltpunkten bei geringem Arbeitsentgelt auch für Zeiten ab 1992 gelten und der Mindestentgeltpunkt von 0,75 auf 0,8 Entgeltpunkte angehoben werden.

Begründet wurde der Antrag mit eintretenden wesentlichen Verschlechterungen der Einkommenssituation der jüngeren ostdeutschen Arbeitnehmer im Alter. Nach einer Auswertung aus 2014 verdienen im Osten mehr als die Hälfte der Beschäftigten weniger als 80 % des Durchschnittsentgelts.

Bei gleichzeitig sinkendem Rentenniveau ist der soziale Abstieg vornehmlich ostdeutscher Arbeitnehmer nicht zu verhindern.

Pflege

Pflegesituation der 2,86 Millionen Pflegebedürftigen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2015